



ISO Oberhausen



Foto/Montage: Privat

Wessen Recht ist das Recht?

P.S.

Stell dir vor, du hast dich jahrelang – vielleicht viele Jahre – für „dein“ Unternehmen ins Zeug gelegt. Doch auf einmal ist dein Einsatz nicht mehr gefragt. Du bist „zu teuer“ (Tarifvertrag!), hast „zu viele Rechte“ (schwerbehindert!) und / oder bist renitent (Gewerkschaftsmitglied!). Und mit einer hanebüchenen Begründung und einem Fußtritt wirst du vor die Tür gesetzt.

Dieser Blitz aus scheinbar heiterem Himmel kann die Folge der Umstrukturierung „deines“ Unternehmens sein, zum Beispiel

nach seinem Verkauf. Du klagst gegen diese Schweinerei vor dem Arbeitsgericht – und gewinnst: Deine Kündigung ist unwirksam.

Jedoch hast du davon erst einmal nichts, denn das Unternehmen geht in Berufung. Weitere Monate ziehen ins Land bis zur Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht.

Dieses Verfahren gewinnst du auch. Aber: Die Revision ist zugelassen.

Seit deiner – wie die Gerichte festgestellt haben – unzulässigen

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

die grassierenden Erkältungskrankheiten haben auch uns nicht verschont. Darum haltet Ihr nun ungeplant eine Doppelnummer der *Avanti O.* in den Händen.

In dieser Ausgabe geht es noch einmal um die Massenentlassungen bei XXXL Rück und die Grenzen, an die der Widerstand der KollegInnen gestoßen ist.

Auch General Electric (GE) vernichtet im Interesse weniger Kapitaleigner massenhaft Arbeitsplätze. Darum fordern Betriebsräte und der IGM-Vertrauenskörper von GE Mannheim mit einer Petition die Enteignung des Konzerns. Ihr findet sie auf Seite 3.

Einen wahren Shitstorm hat ver.di dafür geerntet, dass die Gewerkschaft auf der Einhaltung von Arbeitnehmerschutzgesetzen besteht. Ein klarer Fall von Scherz, Satire und Quark: siehe Seite 4.

Auf Seite 5 findet Ihr einen Artikel von Nick Brauns zu den Massenverhaftungen von Oppositionellen in der Türkei.

Der Zusammenschluss von RSB und isl zur Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO) ist Thema auf den Seiten 6 bis 8.

Wir wünschen Euch eine interessante Lektüre!

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL

INTERNATIONAL

01 **XXXL**
Wessen Recht ist das Recht?
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

05 **Türkei**
In den Kerkern des Sultans
AUS DER VIERTEN

02 **XXXL Rück**
Machtfragen

06 **ISO Oberhausen**
zur Vereinigung

03 **Petition**
Artikel 14 GG

07 **isl + RSB=ISO**
Interview mit Manuel Kellner

04 **Scherz, Satire und Quark**
Sonntags shoppen?
GEDENKEN

08 **ISO**
Kommunique der ISO zur
Gründung

04 **LL-Demo in Berlin**
Rückschau

TERMINE

08 **Termine**

Fortsetzung von Seite 1

Kündigung ist inzwischen mehr als ein Jahr vergangen. Und wann du zu deinem Recht kommst, ist nicht absehbar. Absehbar ist dagegen, dass du in Hartz IV landest, mit allen damit verbundenen Folgen.

„Dein“ Unternehmen und dessen Verantwortliche, die doch in zwei Instanzen verloren haben, können dagegen entspannt der Verhandlung vor dem Bundesarbeitsgericht entgegen sehen, die in vielleicht einem halben Jahr stattfinden wird. Auf Empfehlung ihres Anwalts drohen sie dir schon einmal damit, dass sie gege-

benenfalls auch noch vor dem Europäischen Gerichtshof klagen werden.

Vergleichbares erleben immer mehr KollegInnen (nicht nur) in Deutschland. Auch die Altbeschäftigten vom Möbelhaus Rück in Oberhausen haben auf solche Weise am eigenen Leib erfahren, was der Spruch tatsächlich bedeutet: „Das herrschende Recht ist das Recht der Herrschenden“. Sie haben sich gewehrt, und am Ende wurde ihrem Widerstand durch ein spätes Urteil des Arbeitsgerichts Oberhausen der Boden entzogen. ■

Massenentlassungen bei XXXL Rück: Rechtsfragen sind Machtfragen

Im Zuge der Übernahme des Möbelhauses Rück durch die österreichische XXXLutz-Gruppe kam es in Oberhausen zu Massenentlassungen. Viele der KollegInnen wehrten sich, unter anderem mit Kündigungsschutzklagen. Obwohl sie fast alle Klagen gewonnen haben, haben sie letztendlich verloren.

PETRA STANIUS

Unter den Gekündigten waren Schwerbehinderte und der gesamte Betriebsrat. *Avanti O.* hat mehrfach über die Methoden dieses de facto Konzerns und den Widerstand dagegen berichtet.

Im Zentrum der juristischen Auseinandersetzung stand stets die Frage, ob es sich bei der Übernahme um einen Betriebsübergang im Sinne des § 613 a BGB gehandelt hat. Denn damit wäre für die Altbeschäftigten ein Anspruch auf Weiterbeschäftigung verbunden.

Keine der mit dem Fall befassten Kammern des Arbeitsgerichts Oberhausen und des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf hat auf einen Betriebsübergang im Ganzen erkannt, obwohl sich durch die Übernahme des Möbelhauses durch XXXLutz nach außen hin so gut wie nichts verändert hat. Dass diese offenkundige Tatsache nicht dazu geführt hat, dass die RichterInnen das Möbelhaus Rück als einen einheitlich weitergeführten Betrieb sehen, liegt daran, dass sie die Selbständigkeit der nahezu vermögenslosen XXXL-Betreiberesellschaften anerkennen und die XXXLutz-Gruppe – ganz im Sinne ihrer Konstrukteure – nicht als Konzern werten.

Die oberflächliche Betrachtung des Sachverhalts ergibt, dass einige Betreiberesellschaften von XXXL Rück, bei denen die KollegInnen angestellt waren, insolvent gingen und liquidiert wurden. So dass bedauerlicherweise kein Unternehmen mehr existiert, gegen das die ehemaligen Beschäftigten Ansprüche stellen könnten. Wäre XXXLutz ein Konzern, so würde in so einem Fall die Konzernhaftung greifen. Um dies feststellen zu können, müssten sich die Gerichte jedoch ernsthaft mit der komplizierten und undurchsichtigen Unternehmensstruktur von XXXL auseinandersetzen – was mit erheblicher Mühe verbunden wäre.

Arbeitsgericht hebt Betriebsrat aus

Bislang hatten alle mit dem Fall befassten Kammern jedoch zumindest einen Teilbetriebsübergang erkannt, also den Übergang von einer XXXL-Gesellschaft auf eine andere. Mitte Dezember 2016 fällt das Arbeitsgericht Oberhausen dann ein gegensätzliches Urteil, das den Betriebsrat aushebelte und damit

dem Widerstand der KollegInnen endgültig den Boden entzog:

Ende 2015 wollte der Betriebsrat von XXXL Rück durch eine Neuwahl sein Mandat absichern, da im Sommer zwei XXXL-Dienstleistungsgesellschaften gegen andere ausgetauscht worden waren. Die mit dem Eilverfahren befasste Kammer des Arbeitsgerichts Oberhausen stellte einen Betriebsübergang fest und beschied dem Betriebsrat, dass er bis 2018 im Amt sei. Daraufhin klagte der Betriebsrat auf Herausgabe seines Büros, um seine Arbeit fortsetzen zu können.

Im Hauptverfahren im Dezember 2016 kam eine andere Kammer des Arbeitsgerichts Oberhausen jedoch zum gegenteiligen Ergebnis: Bei der Übertragung des Betriebes des Verkaufshauses auf andere XXXL-Dienstleistungsgesellschaften soll nun doch kein Betriebsübergang stattgefunden haben. Und damit das Mandat des Betriebsrates erloschen sein. Laut diesem Urteil gibt es seit August 2015 keinen Betriebsrat bei XXXL Rück mehr.

Hätten die KollegInnen wie geplant Ende 2015 ihren Betriebsrat neu gewählt, hätte sich eine ganz andere Situation ergeben: Der Betriebsrat hätte ihre Interessen verteidigen können. Kündigungen ohne Anhörung des Betriebsrats wären unwirksam gewesen. Dies lässt sich nun nicht mehr korrigieren.

Dieses Urteil, verbunden mit der Aussicht, aufgrund der langen Verfahrensdauer bald auf Hartz IV angewiesen zu sein, führte dazu, dass fast alle Altbeschäftigten nun doch eine Abfindung angenommen und sich zu Stillschweigen verpflichtet haben. XXXL hatte angedroht, bis zur letzten Instanz gegen die Weiterbeschäftigung der KollegInnen zu klagen: Was für das Unternehmen kein Problem gewesen wäre, aber für die Gekündigten den wirtschaftlichen Ruin bedeutet hätte.

Die juristischen Auseinandersetzungen um die Massenentlassungen sind damit weitgehend beendet.

Deutlich geworden ist in deren Verlauf immer wieder, dass sich nicht zwei Gleiche vor Gericht streiten, wie es das Gesetz unterstellt. Die formale Gleichheit der Parteien, die das erhebliche wirtschaftliche Ungleichgewicht und das Machtgefälle zwischen ihnen unberücksichtigt lässt, begünstigt tatsächlich den Stärkeren. ■

Petition der Betriebsräte und des IGM- Vertrauenskörpers von GE Mannheim

Auch für Großkonzerne muss das Grundgesetz gelten!



Wir unterstützen diese Petition und rufen unsere LeserInnen auf, dies ebenfalls zu tun.

An die Bundesregierung

Wir fordern wirkungsvolle Sanktionen gegen skrupellose Großkonzerne!

Konzerne werden immer mächtiger und haben oft keinerlei Respekt vor der Würde des Menschen.

Bei AEG, Nokia, Triumph-Adler, Grundig und vielen anderen mehr hat die Politik zugeschaut, wie die Produktion verlagert wurde und traditionelle Industriestandorte platt gemacht wurden.

Konzerne nutzen dabei alle Vorteile aus. Sie haben ihre Lobbyisten in Berlin sitzen, kassieren Fördergelder, nutzen Steuerschlupflöcher und schöpfen auch alle sonstigen Möglichkeiten aus, um die Beschäftigten um ihre Existenz und den Staat und die Bürger/Innen um die Ersparnisse zu bringen.

Ein aktuelles Beispiel hierfür ist der US-Konzern General Electric (GE).

Im November 2015 wurde der Kauf der Alstom-Energiesparte durch GE abgeschlossen.

Bereits am 13. Januar 2016 gab GE seine Abbau- und Schließungspläne bekannt. In Deutschland sollen 1700 Arbeitsplätze der ehemaligen Alstom Power abgebaut werden. Die Standorte Mannheim, Stuttgart, Bexbach, Berlin, Neumark, Nürnberg und Wiesbaden sollen verkleinert oder ganz geschlossen werden.

Am härtesten betroffen ist der Standort Mannheim. Dort allein sollen im ersten Schritt 1062 Arbeitsplätze abgebaut werden. Auch die qualitativ hochwertige Ausbildung würde verloren gehen, da die komplette Fertigung geschlossen werden soll, obwohl GE den gesamten Standort langfristig auslasten könnte. Viele weitere Arbeitsplätze sind zudem bei Zulieferern und Dienstleistern bedroht.

Die GE Betriebsräte (ehemals Alstom Betriebsräte) haben gemeinsam mit der IG Metall und dem Info-Institut Saarbrücken realistische Zukunftskonzepte für die bedrohten Werke erarbeitet. GE hat

aber bisher nicht nur diese Vorschläge komplett abgelehnt, sondern bekämpft immer rücksichtsloser Betriebsräte und Gewerkschaften!

Es gibt zudem eine Investorengruppe, die ein starkes Interesse an der Übernahme von allen betroffenen Werken und den 1700 von Abbau bedrohten Arbeits- und Ausbildungsplätzen zeigt. General Electric lehnte jedoch mit fadenscheinigen Begründungen bisher auch diese Alternative ab.

Mehreren tausend Beschäftigten und ihren Familien droht nun Arbeitslosigkeit und der soziale Abstieg. Einmalige technische und industrielle Fähigkeiten drohen unwiederbringlich vernichtet zu werden.

Dabei könnte alles anders sein:

Im Grundgesetz Artikel 14 Abs. 2 und 3 stehen folgende Sätze: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“

Dies muss im Fall GE geschehen, damit weiterer „Schaden vom Volk“ abgewendet wird.

Die Bundesregierung muss sich hier auch einmischen, wie in den Fällen Tengelmann und Bombardier, damit zukünftig betroffene Beschäftigte und Steuerzahler geschützt werden und ihr Recht auf Arbeit einfordern können.

Bitte unterstützen Sie die Petition der Betriebsräte und des IGM-Vertrauenskörpers von GE Mannheim.

Diese Petition ist auf der Internetplattform „www.Change.org“ eingereicht! ■

Der Link zur Petition:

<http://shortlinks.de/by9j>

Weitere Informationen zu den Machenschaften von General Electric (GE) und zur GEgenwehr findet Ihr auf der Webseite der ISO Rhein-Neckar: www.iso-4-rhein-neckar.de.

Scherz, Satire, Ironie und breitgetretener Quark ...

... also das Bohei um den verkaufsoffenen Sonntag, den uns die ver.di angeblich wegnahm. Es ist schon grauslich, was wir von Medien und Handel da zu lesen und zu hören bekommen. Was ist denn eigentlich passiert?

ERNST KOCHANOWSKI

Die Gewerkschaft, unter deren Dach sich auch die Beschäftigten des Einzelhandels organisieren, hat mal die Gerichte angerufen um zu klären, ob vom Handel verlangte und von den Kommunen eilfertig genehmigte Öffnungszeiten an diversen Sonntagen legal seien. Damit hat sie genau das gemacht, wofür wir sie auch gegründet haben und brauchen. Nämlich, unsere Arbeitsbedingungen, unsere Gesundheit, unser Familienleben und damit unser aller Wohlergehen ein wenig zu verbessern.

Und siehe da, sämtliche angerufenen Gerichte waren sich einig und haben nicht nur die angesprochenen Sonntagsöffnungen für ungesetzlich erklärt, sondern auch die Kriterien für solche noch mal deutlich gemacht. Den zuständigen Gremien muss man wohl manchmal etwas nachdrücklicher kommen, denn auch da scheint der neoliberale und unglaublich blöde Grundsatz, dass der Markt alles regelt, schon verinnerlicht worden zu sein. Legal? Illegal? Scheißegal! Wozu braucht es noch TTIP, wenn schon heute bestehende Gesetze und Verordnungen als Handelshemmnisse er-

kannt und, wenn keiner hinschaut, auch umgangen werden?

Und wenn dann doch mal jemand hinschaut, weil zum Beispiel das Wohlergehen der arbeitenden Bevölkerung eben nicht egal ist, dann versuchen Interessengruppen auch mit Hilfe der Presse und leider auch ein wenig mit Hilfe der zu Schützenden – und das ist nicht nur das unmittelbar betroffene Verkaufspersonal – sich in plattesten antigewerkschaftlichen Tiraden. Was?! Das war gar nicht die ver.di, die was verboten hat, sondern der Gesetzgeber? Legal? Illegal? Scheißegal!

Und so muss ein abhängig beschäftigter Schreiber unseres quasi Einzeitzungslandes eine von ver.di verschuldete Verödung der Stadtviertel proklamieren. So verlogen, geistesfern und bar jeder realistischen Einschätzung geht nur unter Druck oder im Delirium.

Auch hat mir immer noch niemand erklären können, was Stadtteilstädte, Flohmärkte oder sonstiger Rummel mit Sonntagsöffnungszeiten von Kaufhäusern und Mals so zwingend zu tun haben, dass das eine immer das andere im Gefolge haben muss.

Ist Einkaufen am Sonntag so etwas wie Spiel, Spaß und Karussellfahren? Wer dies

gern so sehen möchte, der soll doch mal am Samstag um 15 oder 16 Uhr die Marktstraße besuchen. Ich sag nur: In Wüsten gibt's dagegen ziemliches Gedränge! Apropos öde Marktstraße: Hat nicht kürzlich erst unsere hocheffiziente Stadtverwaltung einen Markttag in Alt-Oberhausen wegen angeblich zu schwacher Frequentierung gestrichen? Konterkariert dies nicht die wohlfeil vorgetragenen Willensbekundungen diverser „Fachleute“, die Innenstadt beleben zu wollen?

Das neue Jobcenter (MIT DACHGARTEN!) wird entgegen aller Behauptungen nichts an der entleerten Marktstraße ändern. Verkaufsoffene Sonntage sowieso nicht. Eher wird das Gegenteil geschehen: Die wenigen großen Rhein-Ruhr-usw.-Centros, wo sie auch sind, geplant von Kommunen und Wirtschaft, werden weiter die Stadtviertel leer saugen. Der von Freunden platter Erklärungen so oft der Verödung der Innenstädte bezichtigte und als Begründung für verkaufsoffene Feiertage herhaltende Onlinehandel ist unmaßgeblich daran beteiligt.

Wenn der Quark auch noch so getreten wird – er wird nur breit, aber nicht stark. ■

Über 10.000 TeilnehmerInnen bei der LL-Demo 2017 in Berlin

Dokumentation des Aufrufs

zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am 15. Januar 2017 vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde:

„Krieg“, so Rosa Luxemburg während des I. Weltkrieges, „ist ein methodisches, organisiertes, riesenhaftes Morden“. Die Kriegsprofiteure meuchelten Rosa und Karl und viele ihrer Weggefährten für diese Unbestechlichkeit des Denkens und Handelns.

Es folgte das Massenmorden des deutschen Faschismus.

Und heute warnen Fidel Castro, Papst Franziskus und ungezählte andere Menschen vor dem nuklearen Inferno.

Kriege und kriegerische Konflikte überziehen die Erde. 60 Millionen sind auf der Flucht vor Krieg, Terror und Hunger. Zynisch machen Nazis gerade diese geschundenen Menschen verantwort-

lich für die Sorgen derer hierzulande.

Und die Ausbeuter teilen und herrschen, betreiben Sozialabbau, bauen am Überwachungsstaat, schnüren die Asylpakete, liefern Waffen in Krisengebiete, lassen töten mittels Drohnen, schicken Soldaten – machen so Profit.

Demonstrieren wir – Linke verschiedener Couleur – am 15. Januar 2017 friedlich für die Solidarität unter den Ausbeuteten, wo immer sie geboren sind. Demonstrieren wir gegen Kriege und gegen Faschisten – für eine sozial gerechte und solidarische Welt. Dafür kämpften und starben Rosa und Karl. Wir führen ihren Kampf weiter.

LL-Bündnis, September 2016 (www.ll-demo.de)

Die ISO Oberhausen hat den Aufruf unterstützt und sich an der Demo in Berlin beteiligt. ■

In den Kerkern des Sultans

Mit Massenverhaftungen von Oppositionellen bereitet der türkische Staatschef Erdogan den Weg zur Präsidentschaftsdiktatur.

NICK BRAUNS

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan scheint fest entschlossen, bis zum Referendum über die Einführung einer auf ihn zugeschnittenen Präsidentschaftsdiktatur im Frühjahr jegliche Opposition und Kritik an seiner Person auszuschalten. Seit dem gescheiterten Militärputsch im Juli 2016 wurden 82.000 Personen unter Terrorismusvorwürfen fest- und die Hälfte davon anschließend in Untersuchungshaft genommen.

Bei einem Großteil der Inhaftierten handelt es sich um mutmaßliche Anhänger der für den Putschversuch verantwortlich gemachten Sekte um den in den USA lebenden Prediger Fethullah Gülen, die in jahrzehntelanger Wühlarbeit einen regelrechten Parallelstaat innerhalb der staatlichen Institutionen der Türkei aufgebaut hatte. Bis es im Jahr 2013 im Streit um Posten und Pfründe zum Bruch zwischen Gülen und Erdogan kam, waren die Gülenisten innerhalb des Staatsapparates an führender Stelle verantwortlich für die Verfolgung der kurdischen Befreiungsbewegung und der

revolutionären Linken. Nun erfahren die Anhänger des Predigers – darunter Unternehmer, hohe Militärs, Justiz- und Polizeibeamte – am eigenen Leib die von ihnen zuvor im Kolonialkrieg gegen die Kurden etablierten Methoden von Willkürjustiz, Folter und Enteignungen.

Der Machtkampf zwischen Erdogans islamisch-konservativer Regierungspartei AKP und der Gülen-Bewegung stellt letztlich eine Auseinandersetzung zwischen zwei Fraktionen innerhalb der herrschenden Klasse dar. Doch gleichzeitig eskaliert der Kampf des Staates gegen die kurdische Freiheitsbewegung und die linke Opposition.

Die laufende Verhaftungswelle gegen kurdische und sozialistische Aktivist*innen setzte bereits nach dem Abbruch der Friedensgespräche mit der kurdischen Befreiungsbewegung im Juli 2015 ein. Es handelte sich um eine Reaktion Erdogans auf den Wahlerfolg der als linkes und prokurdisches Bündnis konzipierten Demokratischen Partei der Völker (HDP), deren Parlamentseinzug im Juni 2015 der AKP bis zu den Neuwahlen im November 2015 ihre für die Alleinregie-

rung notwendige absolute Mehrheit gekostet hatte.

Von der Repression betroffen ist insbesondere die Demokratische Partei der Regionen (DBP). Diese ist nur kommunalpolitisch tätig, stellt im mehrheitlich von Kurden bewohnten Südosten der Türkei die am besten organisierte politische Kraft dar und ist die mitgliederstärkste Gruppierung innerhalb der HDP.

Anders als die Gülen-Bewegung oder die kemalistisch-sozialdemokratische Oppositionspartei CHP, die beide grundsätzlich am autoritären Staatsmodell unter der nationalistischen Devise »ein Staat, eine Fahne, eine Nation« festhalten, verfügt die kurdische Bewegung über die Vision einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Alternative für die ganze Türkei. In den von ihr regierten Kommunen hatte die DBP ein auf basisdemokratischen Stadtviertel- und Gemeinderäten beruhendes System der Selbstverwaltung errichtet. Um diese in der Bevölkerung verankerte Machtbasis zu zerstören, ließ die AKP-Regierung im Frühjahr ganze Stadtviertel in Hochburgen der kurdischen Bewegung, in denen



Protestdemonstration mit der Forderung nach dem Rücktritt von Erdogan

Foto: <https://flickr.com/photos/rasande/> CC BY-NC 2.0

DBP und HDP auf Rekordergebnisse von 60 bis 90 Prozent gekommen waren, zu Ruinen schießen und Hunderttausende Bewohner vertreiben.

Laut einer Statistik der kurdischen Nachrichtenagentur Firat wurden im Jahr 2016 rund 7.250 DBP-Mitglieder und Funktionäre fest- und über 3.000 längerfristig in Haft genommen. Darunter sind die Parteivorsitzenden Sebahat Tuncel und Kamuran Yükses sowie zahlreiche Provinz- und Bezirksvorstände sowie 70 Bürgermeister. In den von der DBP regierten Kommunen werden die Bürgermeisterämter jeweils paritätisch von einer Frau und einem Mann besetzt. In 50 dieser Städte und Gemeinden – so auch in der Metropole Diyarbakir – wurden mittlerweile durch die Regierung per Dekret Zwangsverwalter eingesetzt.

Die nach der DBP am stärksten von der Repression betroffene HDP-Mitgliedsorganisation ist die Sozialistische Partei der Unterdrückten (ESP), der auch die HDP-Kovorsitzende Figen Yüksesdag angehört. Den bei landesweiten Razzien verhafteten Mitgliedern der ESP und ihres Jugendverbandes wird vorgeworfen, Vorfeldorganisation für die illegale Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei

(MLKP) zu sein. Der tatsächliche Hauptgrund für die Verfolgung der ESP besteht jedoch darin, dass sich diese Strömung konsequenter als die meisten anderen Gruppen der radikalen Linken um ein Bündnis von Sozialisten mit der kurdischen Befreiungsbewegung bemüht.

Auch gegen außerhalb der HDP stehende linksradikale Gruppierungen gehen türkische „Sicherheitskräfte“ vor. So befinden sich mittlerweile alle in der Türkei lebenden Mitglieder der bekannten Musikgruppe „Grup Yorum“ in Haft, die von ihnen betriebenen Kulturzentren wurden geschlossen.

Am 3. November 2016 wurden die Vorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtas und Figen Yüksesdag, sowie weitere Parlamentarier inhaftiert. Aktuell sitzen elf HDP-Abgeordnete im Gefängnis, gegen weitere Volksvertreter bestehen Haftbefehle. Als Terrorpropaganda wird ihnen bereits die Forderung nach Autonomierechten für die kurdische Bevölkerung oder die Teilnahme an Trauerfeiern für Sozialisten ausgelegt, die bei Anschlägen der Dschihadistenmiliz „Islamischer Staat“ (IS) getötet wurden. Für die Aufhebung der parlamentarischen Immunität dieser Abgeordneten hatten bereits im

Mai 2016 – rund zwei Monate vor dem Putschversuch – die Fraktionen der regierenden AKP, der faschistischen MHP und ein Teil der sozialdemokratischen CHP-Fraktion gestimmt.

Zentral für die Errichtung der Präsidialdiktatur in der Türkei ist die Gleichschaltung der Medien. Insgesamt nahezu 200 Zeitungen, Radio- und Fernsehsender sowie Nachrichtenagenturen wurden in den vergangenen Monaten geschlossen. Die Zahl der inhaftierten Journalisten beträgt annähernd 150. Betroffen sind nicht nur die Mitarbeiter Gülen-naher oder kurdischer Medien. Auch der Herausgeber und neun weitere Journalisten der renommierten liberalen Tageszeitung Cumhuriyet befinden sich in Haft. Ende des Jahres wurde zudem der bekannte Investigativjournalist Ahmet Sik aufgrund regierungskritischer Äußerungen auf Twitter inhaftiert. Ein Ende der Masseninhaftierungen ist nicht in Sicht. Für 2017 kündigte Justizminister Bekir Bozdog bereits den Bau von 175 neuen Gefängnissen an. ■

Quelle: Sozialistische Alternativen erkämpfen, Beilage der jungen Welt vom 14.01.2017, mit Genehmigung des Autors.

TIPP

Türkei/Kurdistan gehört zu den Schwerpunktthemen von Nick Brauns, und er unternimmt regelmäßig politische Studienreisen in den Nahen Osten. Ein weiteres seiner Spezialgebiete ist die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

Auf seiner Website findet Ihr neben Informationen zu seiner Person auch Fotoreportagen und zahlreiche Texte:

www.nikolaus-brauns.de

Der RSB Oberhausen ist nun die ISO Oberhausen

Nach dem Zusammenschluss des Revolutionär Sozialistischen Bundes (RSB) und der internationalen sozialistischen linken (isl) am 3. und 4. Dezember 2016 in Frankfurt gehört der RSB Oberhausen zur daraus entstandenen neuen Organisation, der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO), als deutscher Sektion der IV / Internationale.

Die ISO Oberhausen wird sich auch künftig in der neuen Organisation aktiv, konsequent und parteiisch für die Interessen der arbeitenden Klasse einsetzen.

Wir setzen unbeirrt auf das gemeinsam organisierte Engagement für eine bessere, eine solidarische Welt. Dabei freuen wir uns auf die Zusammenarbeit mit möglichst vielen anderen Menschen. Denn nur wer sich wehrt, lebt nicht verkehrt.

Die Webseite der ISO Oberhausen ist unter folgender Adresse zu erreichen:

www.iso-4-oberhausen.de

Email: info@iso-4-oberhausen.de

RSB + isl = ISO

War das nicht überfällig?

Interview mit Manuel Kellner

Der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) und die internationale sozialistische linke (isl) haben sich am 3. und 4. Dezember 2016 zur Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO) zusammengeschlossen.

Nach einer langen Zeit der Trennung sind damit die beiden Flügel der deutschen Sektion der IV. Internationale wieder vereinigt.

Wir drucken nachfolgend ein Interview mit Manuel Kellner ab, welches im Januar 2017 in der *Avanti*², der Beilage der ISO Rhein-Neckar zur *Avanti*, erschienen ist.

Avanti²: Die IV. Internationale hat bereits auf ihrem Weltkongress von 2003 ihre beiden Organisationen in Deutschland zur Fusion aufgefordert. Kommt die (Wieder-)Vereinigung mehr als 13 Jahre danach nicht etwas spät?

Manuel Kellner: Viel zu spät; aber besser spät als nie! Kein normaler Mensch versteht, wieso zwei politische Gruppen, die dieselben programmatischen Grundüberzeugungen haben, so lange getrennt marschiert sind. Obwohl wir die INPREKORR, die Zeitschrift der IV. Internationale in deutscher Sprache, die ganze Zeit über gemeinsam herausgegeben hatten.

Wir hatten uns nach vielen Jahren gemeinsamen Engagements in der Vereinigten Sozialistischen Partei (Ergebnis der Fusion der damaligen Sektion der IV. Internationale mit einer vormals maoistischen Organisation im Jahr 1986) auseinander gelebt. Wir von der späteren (2001 gegründeten) isl hatten viel zu lange an der VSP festgehalten (die nicht der IV. Internationale beigetreten war), und der spätere RSB wollte schon 1994 einen neuen Anfang ausdrücklich als Organisation der IV. Internationale starten.

Avanti²: Es sind drei Grundlagenpapiere verabschiedet worden - zur Programmatik, zum Selbstverständnis und zur Politischen Lage. Welches sind die inhaltlichen Kernpunkte dieser Texte?

Manuel Kellner: Im Mittelpunkt steht unser gemeinsames Ziel, die sozialistische Demokratie. Dazu gehört das Eintreten für die demokratische Selbstorganisation der abhängig Beschäftigten und Unterdrückten. Aus ihr allein können die Keimformen der neuen Gesellschaft entstehen, die zum Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft und zum Aufbau einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft führen werden. Ob das klappt? Das weiß niemand, aber eine lebenswerte Zukunft ist ohne das nicht vorstellbar.

Unser Internationalismus beschränkt sich nicht auf die verschiedenen Aufgaben der internationalen Solidarität. Wir sind für den gleichzeitigen Aufbau revolutionär-sozialistischer Gruppierungen in den einzelnen Ländern und einer weltweiten revolutionären Organisation.

Mitglieder der ehemaligen isl arbeiten in der Partei Die Linke und in ihrem antikapitalistischen Flügel mit. Für die Vereinigung war wichtig, dass die Mitglieder des ehemaligen RSB das akzeptieren. Wir sehen nun gemeinsam unsere neue Internationale Sozialistische Organisation (ISO) als Teil der Neuformierung einer politischen

Linken. Wir stellen uns der Aufgabe, auf das Versagen von Sozialdemokratie und Stalinismus, von Opportunismus und Sektierertum, eine revolutionäre Antwort zu finden und eine Perspektive für den Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu erarbeiten.

Avanti²: Vor welchen politischen Herausforderungen steht die ISO in der nächsten Zeit?

Manuel Kellner: Der Aufschwung der Rechten und der extremen Rechten mit ihrer Demagogie und ihrem Gewaltpotenzial steht für uns in Zusammenhang mit der Kapitaloffensive gegen die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen. Dagegen wollen wir breite Aktionseinheiten aufbauen und zugleich die sozialistische Kritik an der etablierten, die Interessen des Kapitals vertretenden Politik möglichst deutlich artikulieren. Wenn die Glaubwürdigkeitskrise der sozialistischen Alternative nicht überwunden wird, dann werden die braunen Rattenfänger sich durchsetzen.

In Betrieben, Schulen, Stadtvierteln und Hochschulen wollen wir den Widerstand der Ausgebeuteten und Unterdrückten, den Kampf für solidarische Lösungen der bedrängenden Probleme, in jeder Hinsicht bestärken und fördern. Dazu gehört ganz unabdingbar der Einsatz für eine klassenkämpferische Orientierung der Gewerkschaften.

Dazu gehören auch eine sozialistische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel der Förderung des selbständigen politischen Denkens und Handelns gegen die systematische Manipulation und geistige Verarmung durch die Herrschenden und ihre Ideologien. ■



Am Rande der Vereinigungskonferenz in Frankfurt, 03.12.2016.

Internationale Sozialistische Organisation gegründet

Die internationale sozialistische linke (isl) und der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) haben sich zusammengetan.

Am Wochenende vom 3./4. Dezember 2016 haben sich der RSB und die isl in Frankfurt am Main zu der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO) vereinigt. Sie bilden die vereinigte Sektion der IV. Internationale in Deutschland. Vorangegangen waren eine lange Zeit der getrennten Existenz (seit der Gründung des RSB 1994 und der isl 2001) und ein ungefähr dreijähriger Prozess der Verständigung über eine gemeinsame programmatische Erklärung, einen Text zum Selbstverständnis und das Statut der neuen Organisation sowie über eine Erklärung zur gegenwärtigen politischen Lage und zu den dringenden Aufgaben der internationalistischen SozialistInnen und einer revolutionären marxistischen Organisation heute.

Rund siebzig Mitglieder und Gäste aus dem In- und Ausland waren am ersten Tag anwesend und haben sich an den Debatten beteiligt. Deutlich geworden sind die gemeinsamen Grundüberzeu-

gungen der Mitglieder beider Organisationen, aber auch der Wille, einen neuen Anfang zu machen und sich neuen Fragen zu stellen. Einige der eingeladenen Gäste haben auf der Konferenz erklärt, dass sie in die neue Organisation eintreten möchten.

Vor allem in Hinblick auf die Organisationskultur und das Herangehen an andere linke Kräfte hatten sich in den langen Jahren der Trennung Unterschiede herausgebildet. Wenn sie auch nicht völlig verschwunden sind, so hat es hier doch im Verlauf des Vereinigungsprozesses eine klare Annäherung und eine Verständigung auf tragfähige Grundlagen gegeben. In der ISO besteht der Wille, auch künftig unterschiedliche Sichtweisen und Herangehensweisen zu respektieren und fruchtbar zu machen.

Mitglieder der neuen Organisation werden auch weiterhin in der Partei *Die Linke* mitarbeiten. Zu den Ergebnissen des Vereinigungsprozesses gehört auch,

dass die ISO sowohl das Erscheinen der Sozialistischen Zeitung (SoZ) als autonomes Organ unterstützt, als auch eine eigene Website und ein neues Organisationsmagazin herausbringen wird. Neben der Publizistik wird auch eine kritische sozialistische Bildungsarbeit angegangen werden. Der Schwerpunkt der Aktivitäten wird aber weiterhin – und sicherlich verstärkt – auf der praktischen Arbeit in Betrieben, Gewerkschaften und Bewegungen liegen.

In einer Zeit, in der Gewerkschaften und Kräfte der politischen und sozialen Linken in der Defensive und die politische Rechte und extreme Rechte in vielen Ländern im Aufwind sind, ist die Vereinigung bewegungsorientierter sozialistischer Kräfte, wie bescheiden ihre Stärke auch sei, ein positives Zeichen – das hoffentlich auch anderen Kräften der Linken Auftrieb geben wird. ■

Provisorisches Sekretariat der ISO

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

ISO / IV. Internationale Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen

Kontakt:

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@iso-4-oberhausen.de
Web: www.iso-4-oberhausen.de

V.i.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim



TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)

- Samstag, 18.02.17, 13:00, Demo: Frieden statt NATO – Nein zum Krieg!, Stachus, München
- Dienstag, 21.02.17, 19:00, Vorbereitungstreffen zum Internationalen Frauentag, Oberhausen (Raum bitte erfragen)
- Donnerstag, 23.02.17, 19:00 Uhr, Treffen des Aktionskreises gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Gewerkschaftshaus, Teichstr. 4, Essen
- Samstag/Sonntag, 25./26.02.17, Protest gegen den AfD-Parteitag in der Messe Essen, Essen

Vorschau März:

- Dienstag, 07.03.17 bis Donnerstag, 16.03.17, Ausstellung "Wer putzt den Pott?", Technisches Rathaus, Oberhausen-Sterkrade
- Dienstag, 07.03.17, 11:30 bis 12:30, Auftaktveranstaltung zur Ausstellung (siehe oben)
- Mittwoch, 08.03.17, Internationales Frauenfrühstück (weitere Infos folgen)
- Samstag, 11.03.17, 10:30, Demonstration zum Internationalen Frauentag, Auftakt Zilianplatz (Busbahnhof Sterkrade), Oberhausen